

# SWP-Aktuell

NR. 19 APRIL 2026

## Zerreißprobe für Frankreichs Demokratie

Implikationen der Kommunalwahlen für das Rennen um den lyse-Palast

Katharina Gummich/Ronja Kempin

Am 15. und 22. März 2026 haben in Frankreich Kommunalwahlen stattgefunden. Es war der letzte landesweite Urnengang, bevor im Frühjahr 2027 fast 50 Millionen Stimmberechtigte aufgerufen sind, über die Nachfolge von Präsident Emmanuel Macron und – sehr wahrscheinlich – die Zusammensetzung der Nationalversammlung zu entscheiden. Auf kommunaler Ebene hat sich nun ein weiteres Mal gezeigt, wie gespalten das Land politisch ist. Hatte das liberale Zentrum mit Macron an der Spitze versprochen, die Extreme einzuhegen, so ist dieses Unterfangen endgültig gescheitert. Die Republik bleibt zweigeteilt in ein urbanes Frankreich auf der einen Seite und ein ländliches, abgehngtes, wenig repräsentiertes auf der anderen. In den Städten zeigt sich, wie volatil politische Allianzen im zersplitterten Parteiensystem des Landes nunmehr sind. Die politischen Extreme, die erneut Zugewinne verzeichnen konnten, verbleiben auf linker wie rechter Seite des Spektrums in der Position des Taktgebers.

Lässt das Ergebnis der Kommunalwahlen Rückschlüsse für die nächste Direktwahl des Präsidenten zu? Zwar standen bei der jüngsten Abstimmung laut einer Umfrage für 81 Prozent der Menschen lokale Belange im Vordergrund. Doch hatten die Parteien den Urnengang zum Stimmungstest erklärt. Sie nutzten die Wahlen, um ihre Strategien für das Rennen um Macrons Nachfolge zu erproben. Für knapp 35.000 kommunale Posten stellten sie mehr als 900.000 Kandidat:innen auf, so viele wie nie zuvor. Nur in 68 Gemeinden, alle mit weniger als 1300 Einwohner:innen, fand sich keine qualifizierte Liste. Diese starke Partizipation darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass

sich Frankreich in einer tiefen politischen Krise befindet.

### Ursachen und Folgen der politischen Krise

Seit 2022 vergrößern sich die Risse im Selbstbild der »geeinten und unteilbaren« Republik. Als Ursache gilt gemeinhin die Fehleinschätzung Macrons, seine Wiederwahl im April des Jahres sei der eigenen Popularität zu verdanken gewesen. Tatsächlich aber wollten viele Whler:innen vor allem verhindern, dass seine Herausforderin Marine Le Pen vom rechtsextremen Ras-



semblement National (RN) in den Élysée-Palast einzieht. Ebenfalls ungenügend blieb Macrons Reaktion, nachdem sich die Parteien des linken Spektrums für die Parlamentswahlen im Juni 2022 erfolgreich zusammengeschlossen hatten, um auch dort einen Sieg des RN zu verhindern. Als die französische Nationalversammlung danach politisch erstmals dreigeteilt war – zwischen Zentrum, linkem und rechtem Lager –, beauftragte Macron weder einen Vertreter der Linken mit der Regierungsbildung noch räumte er der Legislative mehr Kompetenzen ein.

Auch 2024 trug er den neuen Realitäten nicht Rechnung. Nachdem die vorgezogenen Parlamentswahlen die Dreiteilung bestätigt hatten, verweigerte sich eine Mehrheit in der Nationalversammlung einer Zusammenarbeit mit dem Regierungsbündnis des Präsidenten. Die politisch-institutionelle Krise verschärfte sich; die Folge waren häufige Regierungswechsel, eine ungezügelte Staatsverschuldung, die Blockade wirtschafts- und sozialpolitischer Reformen sowie eine Krise der demokratischen Repräsentation.

In Umfragen lehnen immer mehr Menschen die vertikale Art der Machtausübung ab. Stattdessen wünschen sie stärkere Möglichkeiten der Beteiligung und Mitbestimmung. Unmittelbar vor den jetzigen Kommunalwahlen gab eine große Mehrheit an, enttäuscht oder gar wütend auf die Politik zu sein (81 Prozent) und von ihr einen grundlegenden Wandel zu erwarten (74 Prozent). Zur Krise der französischen Demokratie trägt auch bei, dass Wähler:innen immer häufiger »strategisch« votieren müssen, insbesondere um Erfolge des RN zu verhindern. Zugleich steigt die Wahlenthaltung, und die etablierten Parteien der Opposition gelten immer weniger als glaubwürdige Alternative. In der Bevölkerung reagiert man zunehmend positiv auf den Gedanken, die politische Verantwortung in die Hände der extremen Rechten zu legen. Zunehmend nennen Befragte an erster Stelle den RN, wenn es um Parteipräferenz, das favorisierte Gesellschaftsmodell und die Fähigkeit geht, das Land zu führen.

## Erkenntnisse aus den Kommunalwahlen

Nach den Kommunalwahlen 2026 haben Vertreter:innen aller Parteien den Sieg für sich reklamiert. Dabei zeigt ein Blick auf die Ergebnisse, dass sich Frankreichs politische Krise vertieft und nun auch die Ebene von Städten und Gemeinden erreicht hat.

### Geringe Wahlbeteiligung

Frankreichs Bürgermeister:innen genießen im Vergleich zu anderen Verantwortungsträger:innen ein hohes Ansehen; nach einer Umfrage von Anfang März vertrauen ihnen 69 Prozent der Menschen im Land, während es beim Präsidenten nur 23 Prozent sind. Dennoch sank die Wahlbeteiligung bei der jetzigen Abstimmung – mit rund 57 Prozent im ersten wie im zweiten Durchgang – auf einen historischen Tiefpunkt, sieht man von dem pandemiebedingten Negativwert von 2020 ab. Zwischen 1959 und 2014 hatte die Teilnahme im Schnitt bei mehr als 72 Prozent gelegen.

Besonders gering war die Wahlbeteiligung bei jungen Menschen und in kleinen Gemeinden; in größeren Städten blieb sie weitgehend stabil. Von den unter 25-Jährigen blieben 56 Prozent, von den 25- bis 34-Jährigen 60 Prozent den Urnen fern. Als Gründe nannten sie in Umfragen mangelndes Vertrauen in politische Repräsentant:innen oder beklagten, die jeweiligen Programme seien zu weit von ihren Anliegen entfernt. In kleinen Gemeinden mit weniger als 1000 Einwohner:innen stieg der Anteil der Nichtwählenden im Vergleich zu 2014 um rund 11 Prozentpunkte. Oft hieß es dabei, das Ergebnis der Abstimmung habe bereits im Voraus festgestanden. Vielerorts hatte tatsächlich nur eine einzige Liste aufgestellt werden können.

### Politisches Zentrum bedeutungslos

Zu den großen Verlierern der Wahl gehört das politische Zentrum von Präsident Macron. Weil es seiner Partei Renaissance (zuvor La République En Marche!) seit ihrer

Gründung vor zehn Jahren nicht gelungen war, auf kommunaler Ebene Fuß zu fassen, hatte sich ihr Spitzenpersonal im Wahlkampf weitgehend rar gemacht. Dass in Bordeaux ein Bürgermeisterkandidat der Partei gewann, war eine bloße Randerscheinung. Schwer wiegt hingegen, dass Macrons ehemaliger Premierminister François Bayrou seine Wiederwahl zum Rathauschef der Stadt Pau verpasste und die konservative Kandidatin Rachida Dati, für deren Erfolg sich zuletzt auch der Präsident eingesetzt haben soll, in der Stichwahl um das Bürgermeisteramt von Paris weit unterlag.

Beide Ergebnisse zeigen, dass Wahlberechtigte die kommunale Abstimmung auch nutzten, um gegen den Präsidenten und seine Gefolgsleute zu protestieren. Macrons erster Premierminister Édouard Philippe wurde indes als Bürgermeister der Stadt Le Havre wiedergewählt. Er hatte einen entsprechenden Erfolg zur Bedingung dafür gemacht, 2027 bei den Präsidentschaftswahlen anzutreten.

## **Konservative stark**

Nomineller Wahlgewinner sind die konservativen Républicains (LR). Sie haben die meisten Stimmen erhalten und sind die Partei, die künftig die größte Zahl an Bürgermeister:innen stellt. Allerdings bleiben zwei Schwachstellen. Zum einen ist es LR nicht gelungen, in den größeren Städten des Landes (bis auf Toulouse) zu reüssieren. Die Partei wird in fast jeder zweiten Gemeinde mit unter 9.000 Einwohnern das Rathaus übernehmen, verfängt mit ihrem Angebot aber nicht in den urbanen Zentren.

Zum anderen ist die Frage offen, wie die Partei künftig mit dem rechtsextremen RN umgehen will. Noch lehnen die Républicains die »ausgestreckte Hand« von RN-Chef Jordan Bardella ab. Doch LR-Vorsitzender Bruno Retailleau hat 2026 die eigene Anhängerschaft erstmals nur dazu aufgefordert, einen Wahlerfolg des linken Unbeugsamen Frankreich (LFI) zu verhindern. Dies zeigt, wie brüchig die Brandmauer gegen den RN bei den Konservativen geworden ist.

## **RN mit weiteren Zugewinnen**

Unterdessen setzt sich die Normalisierung des RN fort. Erfolge in großen Städten blieben der Partei zwar abermals versagt. Dies darf aber nicht den Blick darauf verstellen, dass sie viele kleinere und mittlere Gemeinden erobert hat. Vor allem im Nordosten des Landes und entlang der Mittelmeerküste ist es dem RN gelungen, seine dominante Stellung auszubauen. Darüber hinaus wurde er in vielen Städten und Gemeinden, in denen er seit 2020 regierte hatte, mit großem Abstand bestätigt, oft im ersten Durchgang. Auch konnte die Partei ihre Ergebnisse in der Landesmitte, wo sie bisher schwach verankert war, deutlich verbessern.

Über diese Resultate hinaus lassen Umfragen aufhorchen, wonach sich in ländlichen Gemeinden mit weniger als 1000 Einwohnern mittlerweile die Hälfte der Menschen einen Bürgermeister des RN wünscht. Dass sich diese Präferenz nicht im jüngsten Wahlergebn niederschlug, liegt daran, dass in der Mehrzahl der kleinen Gemeinden Listen ohne politische Etikettierung antraten. Bei wahlentscheidenden Streitfragen geht es um Kernanliegen des RN. Zwar sind Kaufkraft und soziale Sicherungssysteme in den Augen der Bevölkerung noch immer die wichtigsten Themen, doch gewinnen Fragen von Migration und innerer Sicherheit zunehmend an Bedeutung.

## **Gespaltene Linke**

Das linke Lager, bestehend aus Sozialistischer Partei (PS), Unbeugsamem Frankreich (LFI), Kommunisten (PCF) und Grünen, muss anerkennen, dass seine Bindekraft schwindet. Zwar wurden Vertreter dieser Parteien in den drei größten Städten des Landes (Paris, Marseille, Lyon) im Bürgermeisteramt bestätigt, und jede der linken Kräfte konnte weitere Hochburgen verteidigen. Doch gingen viele Städte, in denen eine der Parteien bislang das Rathaus innehatte (darunter Clermont-Ferrand, Brest und Avignon), auch an konservative Herausforderer.

Anders als bei den Parlamentswahlen 2024 traten die vier Parteien des linken



Dieses Werk ist lizenziert unter CC BY 4.0

Das Aktuell gibt die Auffassung der Autorinnen wieder.

In der Online-Version dieser Publikation sind Verweise auf SWP-Schriften und wichtige Quellen anklickbar.

SWP-Aktuells werden intern einem Begutachtungsverfahren, einem Faktencheck und einem Lektorat unterzogen. Weitere Informationen zur Qualitätssicherung der SWP finden Sie auf der SWP-Website unter <https://www.swp-berlin.org/ueber-uns/qualitaetssicherung/>

#### SWP

Stiftung Wissenschaft und Politik  
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4  
10719 Berlin  
Telefon +49 30 880 07-0  
Fax +49 30 880 07-100  
[www.swp-berlin.org](http://www.swp-berlin.org)  
[swp@swp-berlin.org](mailto:swp@swp-berlin.org)

ISSN (Print) 1611-6364  
ISSN (Online) 2747-5018  
DOI: 10.18449/2026A19

Spektrums auf nationaler Ebene nicht in einer Allianz an. Im Vorfeld der kommunalen Abstimmung stritten insbesondere Sozialisten und Grüne über den richtigen Umgang mit Unbeugsamem Frankreich. LFI hatte vor allem durch negative Schlagzeilen auf sich aufmerksam gemacht. Dafür sorgte zunächst die Kontroverse über Verbindungen der Partei zu militanten antifaschistischen Aktivisten, die nach dem Tod eines rechtsextremen Demonstranten ausbrach. Auch weil das Innenministerium die Partei kurz vor den Wahlen als linksextrem eingestuft hatte und ihr Anführer Jean-Luc Mélenchon mit antisemitischen Wortspielen kokettierte, schloss die PS ein Zusammengehen mit LFI auf nationaler Ebene aus; die Grünen trafen keine Festlegung.

Zwischen den beiden Wahlgängen lockerte die PS ihre Position. Obwohl in Umfragen nur 36 Prozent ihrer Anhänger für eine Allianz mit LFI plädierten und 64 Prozent gegen eine Fusion der Listen beider Parteien waren, gestattete die Führung der PS, jeweils vor Ort darüber zu entscheiden. So gab es im zweiten Wahlgang in 36 Kommunen eine gemeinsame Liste mit Unbeugsamem Frankreich und anderen linken Kräften. In 67 Kommunen entschieden sich Linke dafür, getrennt von LFI anzutreten. Da die Wähler:innen keiner der beiden Strategien einen klaren Vorzug gaben, ringen Grüne und PS weiter um ihr Verhalten gegenüber der Partei. Während LFI bei den Parlamentswahlen 2024 besser abschnitt als die PS, ist die Frage nach der Vorrangstellung im linken Lager mit dem Ergebnis auf kommunaler Ebene erst einmal vertagt.

## Implikationen für 2027

Für die Präsidentschaftswahlen 2027 müssen nun sowohl im rechten wie im linken Spektrum Richtungsentscheidungen getroffen werden. Für die konservativen LR besteht die Gefahr, zerrieben und ähnlich wie 2022 an den Rand der politischen Bedeu-

tungslosigkeit gedrängt zu werden. Während ein Teil dieser langjährigen Regierungspartei offen ist für eine stärkere Zusammenarbeit mit dem RN, wird ein solcher Kurs von den liberalen Kräften der *Républicains* rundheraus abgelehnt. Gelingt es dem ehemaligen Parteimitglied Édouard Philippe, als Präsidentschaftskandidat ein glaubwürdiges politisches Angebot zu machen und dafür die Unterstützung dieses Teils von LR zu gewinnen, könnte er das rechte Parteienspektrum zulasten der *Républicains* neu ordnen und dem RN entgegentreten.

Der Kurs des RN für die Präsidentschaftswahlen entscheidet sich, wenn am 7. Juli 2026 das Urteil im Berufungsverfahren von Marine Le Pen ergeht und geklärt ist, ob sie 2027 beim Rennen um den Élysée-Palast antreten darf. Im September 2026 könnte die Partei weiter aufgewertet werden. Dann wird die Hälfte der Sitze im französischen Senat neu vergeben. Weil der RN bei den Kommunalwahlen viele Wahlmänner und -frauen für das indirekte Besetzungsverfahren errungen hat, stehen seine Chancen gut, im Senat erstmals in Fraktionsstärke vertreten zu sein. Dies würde ihm mehr finanzielle und personelle Mittel sowie eine weitere nationale Bühne verschaffen.

Auf der politischen Linken müsste das Ziel für 2027 lauten, den Einfluss Mélenchons auf LFI zu verringern. In Umfragen geben 80 Prozent der Franzosen und Französinen an, die Führungsfigur der Partei nicht zu mögen. 71 Prozent glauben, Unbeugsames Frankreich sei »gefährlich für die Demokratie«.

Gelingt es den beiden Lagern überdies nicht, politische Agenden zu formulieren, die sowohl auf dem Land als auch in den Städten Anklang finden, könnte der Kampf um den Élysée-Palast auf ein Duell zwischen RN und LFI hinauslaufen. Die Krise der Demokratie in Frankreich würde sich dann weiter verschärfen, die Konsequenzen für die deutsch-französische Zusammenarbeit und den europäischen Integrationsprozess wären erheblich.

*Katharina Gummich ist Praktikantin in der Forschungsgruppe EU/Europa.  
Dr. Ronja Kempin ist Senior Fellow in der Forschungsgruppe EU/Europa.*